

Rat will höhere Beiträge, damit es mehr Rente gibt

35 Prozent des versicherten Lohns sollen künftig den bei der Pensionskasse Graubünden Versicherten ausbezahlt werden – bisher waren es 29. Das ist das Ergebnis der Debatte über das Pensionskassengesetz.

von Patrick Kuoni

Am Mittwochnachmittag hat sich das Bündner Parlament gleich zum Start in die Session mit einem anspruchsvollen Geschäft befasst: mit der Teilrevision des Pensionskassengesetzes. Die Revision wurde aufgrund veränderter Rahmenbedingungen nötig. Denn durch die steigende Lebenserwartung und das aktuell sehr tiefe Zinsniveau mussten die Pensionskassen reagieren und etwa den Umwandlungssatz senken – also den Prozentsatz des angesparten Kapitals, der den Pensionierten als Rente ausbezahlt wird. Dabei bildet auch die Pensionskasse Graubünden (PKGR) keine Ausnahme. Sie ist grösste Vorsorgeeinrichtung im Kanton, ihr sind auch zahlreiche Gemeinden angeschlossen.

Um konkurrenzfähig zu bleiben, hat die Bündner Regierung deshalb mehrere Massnahmen vorgeschlagen. Teil der Vorlage ist insbesondere eine Erhöhung der Sparbeiträge der Versicherten. Mit einer Anpassung des sogenannten Koordinationsabzugs wird zudem die berufliche Vorsorge von Teilzeitbeschäftigten verbessert. Im Weiteren will der Kanton Garantie leisten für die per 31. Dezember 2021 laufenden Renten. Dadurch könnten die bestehenden Rentenbeziehenden in einem geschlossenen Vorsorgewerk geführt werden.

Überfällige Revision

Die Reform an sich war unbestritten. «Die Politik hat es unterlassen, frühzeitig Schritte für Verbesserungen einzuleiten. Diese sind nun dringend nötig. Mit der vorliegenden Revision sind danach für längere Zeit keine grösseren Anpassungen mehr nötig», so die Präsidentin der vorberatenden Kommission, Renate Rutishauser (SP).

Für Diskussionen sorgte vor allem, um wie viel die Sparbeiträge erhöht werden sollen. Die Regierung mit Unterstützung der SP schlug eine Anpassung um insgesamt 45 Prozent vor,



Herausforderndes Geschäft: Regierungsrat Christian Rathgeb erklärt bei der Teilrevision über das Pensionskassengesetz die Standpunkte der Bündner Exekutive.

Bild Livia Mauerhofer

die Mehrheit der vorberatenden Kommission setzte sich dafür ein, die Erhöhungen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über 50 leicht tiefer zu gestalten, sodass die Erhöhung bei 44 Prozent zu liegen kommt.

Mit der Anpassung der Kommissionmehrheit wäre das Leistungsziel ungefähr bei der Pensionskasse der RhB und der Stadt Chur (35 Prozent) zu liegen gekommen, bei der Regie-

«Die Lösung ist auf dem Niveau von vergleichbaren Arbeitgebern.»

Urs Hardegger
Mitte-Grossrat

lung leicht darüber (36 Prozent). Am Ende setzte sich die Version der Kommission mit 87 Stimmen gegenüber 17 für den Vorschlag der Regierung durch.

Weitere Kürzung ohne Chance

Keine Chance hatte ein Antrag von Romano Paterlini (Mitte). Er wollte die Sparbeiträge deutlich tiefer ansetzen (24,4 Prozent) und bezeichnete die vorgeschlagenen Lösungen von Regierung und Kommission als «Luxuslösung», da ein Grossteil der Arbeitnehmenden bereits heute schlechter versichert sei (Ausgabe vom Mittwoch).

Dies sahen viele im Rat ganz anders. So etwa FDP-Kommissionsmitglied Thomas Rügge: «Die vorliegende Revision ist weder eine Luxuslösung noch eine Sanierung.» Es würden schlicht und einfach «überfällige Anpassungen an die Realität gemacht». Dem stimmte Urs Hardegger (Mitte)

zu: «Die Lösung ist auf dem Niveau von vergleichbaren Arbeitgebern.» Sympathien für das Anliegen hatte die SVP. Thomas Gort hielt aber fest: «Die Auswirkungen des Antrages sind nicht abschätzbar, da er zu spät eingebracht wurde.»

Regierungsrat Christian Rathgeb sagte: «Es wurde bei der Vernehmlassung von verschiedener Seite erfolgreich Einfluss genommen und an verschiedenen Stellen wurden auch die Konsequenzen gezogen.» So seien die Sparbeiträge gekürzt worden und ein Kantonsbeitrag von 17 Millionen Franken an die Finanzierung der Übergangslösung für ältere kantonale Angestellte, die obligatorisch bei der PKGR versichert sind, gestrichen worden. «Wenn die Anpassungen eine Luxuslösung wären, hätte sich die Bündner Wirtschaft längst vehement gewehrt.» Die Revision wird heute Donnerstag fertig beraten.

Stadt zahlt nicht mehr

Seit Anfang Juli organisierten Clubbetreibende des Welschdörfli zusammen mit der Stadt Chur und Gastro Graubünden ein mobiles Testcenter auf dem Freihofplatz. Dies, weil damals die Testmöglichkeiten ausgebucht waren und noch nicht genügend Impfkapazitäten für junge Erwachsene zur Verfügung standen. Laut Medienmitteilung der Stadt Chur liessen sich in den Monaten Juli und August zahlreiche Partygängerinnen und Partygänger am Wochenende kostenlos testen und erhielten somit Zugang zu den Clubs.

In Abstimmung mit dem Kanton sicherte die Stadt eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von knapp 37 000 Franken zu. Seit Anfang Juli stehen nun auch für junge Erwachsene genügend Impfdosen zur Verfügung. Daher zieht sich die Stadt Ende August wie geplant von ihrer finanziellen Unterstützung zurück, wie es in der Mitteilung weiter heisst. Der Stadtrat appelliert an die jungen Erwachsenen, sich impfen zu lassen. Den Gastrobetreibenden steht es frei, ein Testangebot aufrechtzuerhalten. (jag)

Der Grosse Rat

Im Fokus

Gestern hat der Grosse Rat:

- Die Augustsession mit der Ansprache von Landespräsident Martin Wieland eröffnet;
- Aita Zanetti zur neuen Landespräsidentin gewählt und Tarzisius Caviezel zum Landesvicepräsidenten;
- die Teilrevision des Gesetzes über die Pensionskasse diskutiert.

Heute wird der Grosse Rat:

- die Debatte zum Pensionskassengesetz fortsetzen;
- die Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch diskutieren;
- die Notverordnungen zu Covid-19 genehmigen
- sowie diverse Vorstösse behandeln.

Lieber Zertifikatspflicht als Lockdown

Der Bundesrat schlägt vor, das Covid-Zertifikat vermehrt einzusetzen. Regierungsrat Marcus Caduff begrüsst dies – als Notlösung.

von Daria Joos und Philipp Wyss

In Anbetracht der steigenden Coronafälle soll das Covid-Zertifikat neu auch in öffentlichen Innenräumen gelten. Das hat der Bundesrat am Mittwoch mitgeteilt und schickt den Vorschlag nun in die Konsultation bei Sozialpartnern und den Kantonen (siehe Seite 15). Für Regierungsrat Marcus Caduff kommt der Vorschlag der Landesregierung nicht überraschend. «Das hat sich abgezeichnet», sagte er am Mittwochnachmittag gegenüber Radio Südostschweiz. Ob der Kanton Graubünden die Ausweitung der Zertifikatspflicht unterstütze, müsse die Regierung erst noch besprechen. Caduff betonte aber: «Ich glaube, dass zuerst alle anderen Massnahmen ausgeschöpft werden müssen, bevor man wieder anfängt, die Wirtschaft einzuschränken.»

Der Volkswirtschaftsdirektor gab zu bedenken, dass eine Ausweitung der Zertifikatspflicht der Wirtschaft

schaden könnte: «Der Umsatz wird zurücklaufen, obwohl man mit der Impfung Instrumente hätte, sich zu schützen.» Dass es deshalb eine gewisse Skepsis gebe, verstehe er, so Caduff. «Aber was es wirklich zu verhindern gilt, ist ein weiterer Lockdown.» Falls die Zertifikatspflicht ausgeweitet werden müsse, könne er sich dies vor allem in Spitälern und Altersheimen vorstellen. Er sagte aber auch: «Und wenn es als letzte Massnahme vor erneuten Schliessungen die Zertifikatspflicht braucht, dann müssen wir auch darüber nachdenken.»

Impfen erste Priorität

Hohe Priorität für die Bündner Wirtschaft hat gemäss Caduff der Wintertourismus: «Mit den Möglichkeiten, die wir heute haben, ist es für mich keine Frage, dass die Skigebiete auch diesen Winter offen sind. Auch die Restaurants und Terrassen.» Dies auch, weil es im letzten Winter keine Coronaausbrüche in Skigebieten gegeben habe.

Caduff ist der Überzeugung: «Impfen sollte im Vordergrund stehen.» Seiner Meinung nach solle sich der Staat zurücknehmen, stattdessen sollten die einzelnen Bürgerinnen und Bürger Eigenverantwortung übernehmen. Deshalb müsse die Bevölkerung in erster Linie von den Vorteilen der Impfung überzeugt werden. Mit Blick auf die aktuellen Fallzahlen fügte er an: «Wir wissen, dass der grösste Teil derjenigen, die einen schweren Verlauf haben und hospitalisiert werden müssen, Ungeimpfte sind.»

Zuspruch aus Gastronomie

Die neuen Massnahmen würden unter anderem die Gastronomie stark betreffen: Franz Sepp Caluori, Präsident von Gastro Graubünden, ist wie Regierungsrat Caduff der Meinung, dass die Erhöhung der Impfquote Priorität haben muss. «Man soll die Leute animieren, sich impfen zu lassen, und in die Impfbusse investieren», sagte er. Dass die Bündner Regierung vieles unter-

nehme, um die Impfbereitschaft zu erhöhen, sehe er positiv. Eine grosse Hilfe sei es auch, dass Schnelltests für Personen ohne Symptome künftig kostenpflichtig seien: «Dann sagen viele: <Gut, dann gehe ich mich auch impfen.>»

Caluori begrüsst, dass die Auslastung der Spitäler nun das Kriterium für politische Entscheide ist. «Die früheren Kriterien sind nicht zielführend gewesen.» Er hofft, dass die Spitäler nicht an ihre Grenzen kommen. Falls sich die Situation verschlechtere, hält er den Einsatz des Covid-Zertifikats in

Restaurants für sinnvoll – «als letzte Konsequenz vor der Schliessung.»

Einheitslösung erfreut Peyer

Auch Regierungsrat Peter Peyer ist überzeugt: «Die vom Bundesrat am Mittwoch angekündigte Konsultation zur Ausweitung der Zertifikatspflicht macht Sinn.» Am Rande der Augustsession des Grossen Rates zeigte sich der Gesundheitsdirektor insbesondere erfreut über die angestrebte einheitliche Lösung unter benachbarten Kantonen. Die Verantwortlichen der Ostschweizer Kantone hätten sich bereits am vergangenen Montag an einer Telefonkonferenz ausgetauscht. Und am kommenden Freitag werden sie sich erneut abstimmen. Wichtig sei es laut Peyer, dass nun zügig die «Instrumente bereit gemacht werden». Denn zwischen ansteigenden Zahlen, zusätzlichen Spitaleinweisungen und den positiven Auswirkungen von umgesetzten Massnahmen würden immer Tage oder gar einige Wochen vergehen, so Peyer.

«Aber was es wirklich zu verhindern gilt, ist ein weiterer Lockdown.»

Marcus Caduff
Regierungsrat